

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Oktober 2020

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Bündnis für humane Bildung: Für ein Recht auf bildschirmfreie Kitas, Kindergärten und Grundschulen**
- **Pierre Lévy: Glücksfall**
- **Franziska Lindner: Belarus: Eine schwierige Wahl**
- **Thomas Röper: Wer zieht die Fäden hinter den Unruhen in Weißrussland?**
- **Willy Wimmer: Weißrussland – eine Einschätzung des Umgangs mit diesem Land**
- **Willy Wimmer: Der Kriegsausbruch am 1. September 1939 und die globale Sprengkraft geöffneter Moskauer Archive**
- **aufstehen Potsdam: Höchste Zeit für Neubesinnung auf Entspannung und friedliche Zusammenarbeit**
- **Thomas Röper: Brown University: US-Kriege haben seit 2001 bis zu 59 Mio. Menschen zu Flüchtlingen gemacht**
- **Peter Küpfer: Den Schlägen standgehalten**
- **Peter Anthony: Der Mann, der die Welt rettete**
- **Conrad Taler: Heimliche Ehrung**
- **Juristen für Assange: Offener Brief an den britischen Premierminister Boris Johnson, den Justizminister Robert Buckland, den Außenminister Dominic Raab und die Innenministerin Priti Patel**
- **Andres Wysling: Die Italiener schicken die "politische Kiste" nach Hause – zum Teil**

Zitat des Monats von [Christian Fischer](#):

**Krieg widerspricht allen Grundsätzen demokratischen Lebens.
Er ist die Bankrotterklärung demokratischen Handelns in der Außenpolitik.**

Editorial

Das Bündnis für humane Bildung lanciert eine Petition, mit der das Recht auf **bildschirmfreie Kitas und Grundschulen** durchgesetzt werden soll. Das halten wir für sinnvoll, nicht nur in der Sache, sondern auch weil die **Corona-Krise** dazu genutzt wird, um die Digitalisierung noch schneller voranzutreiben. Wie diese Krise außerdem auch zur Bereicherung **von Krisengewinnlern missbraucht** wird, schildert Pierre Lévy in einem Beitrag.

Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe ist **Weißrussland**. Franziska Lindner gibt eine ausgewogene Einschätzung, die sowohl gegenüber Lukaschenko als auch gegenüber der Protestbewegung kritisch kommentiert. Thomas Röper untersucht, wer die **Fäden hinter den Unruhen** zieht und beleuchtet dabei auch das Verhältnis zwischen Russland und Weißrussland. Willy Wimmer erinnert an die Interessen des Westens, der hier schon lange **strategische Absichten** verfolgt. An diese "Tradition" erinnert Wimmer in einem zweiten Beitrag, in dem er die Forderung unterstützt, dass die Archive zur **Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges** geöffnet werden; zu diesem Vorschlag Putins ist von westlicher Seite bisher keine Kooperation erkennbar. 75 Jahre nach der Potsdamer Konferenz diskutieren Historiker und Journalisten wie der **Geist für eine friedliche Weltordnung** wiederbelebt werden kann; dazu verlinken wir ein ausführliches Video.

Thomas Röper berichtet von einer Studie, welche die **durch US-Kriege entstandenen Flüchtlingszahlen seit 2001** ermittelt hat. Es handelt sich um ähnliche Größenordnungen wie bei den vom Zweiten Weltkrieg weltweit verursachten Flüchtlingszahlen. Ein konkretes Beispiel für einen lang dauernden und wenig beachteten Krieg ist der **Kongo**; Peter Küpfer klärt darüber historisch auf am persönlichen Beispiel eines betroffenen Historikers.

Weitere persönliche Beispiele zeigen, welchen Einfluss einzelne Menschen auf historische Ereignisse haben können. Der sowjetische Oberst Petrow hatte 1983 die **Welt vor einem atomaren Desaster gerettet**, weil er einem falschen Alarm nicht geglaubt hat. Der hessische Generalstaatsanwalt **Fritz Bauer** hat in den 50er und 60er Jahren durch seine Hartnäckigkeit den **Ausschwitz-Prozess** ermöglicht. Noch nicht erfolgreich ist der Appell der **Anwälte von Julian Assange** an die britische Regierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu beachten. Erfolgreich endete ein **Volksentscheid in Italien**, mit dem das Parlament um ein Drittel verkleinert wurde.

[Inhalt](#) ↑

• Bündnis für humane Bildung: **Für ein Recht auf bildschirmfreie Kitas, Kindergärten und Grundschulen**

Das 'Bündnis für humane Bildung' setzt sich – gegen den aktuellen, von Wirtschaft und Politik getriebenen Trend – dafür ein, dass eine "Humane Bildung" an den Stufen und Gesetzmäßigkeiten der körperlichen, seelischen und geistigen Entwicklung orientiert wird. Ziel von Schule und Unterricht müsse es sein, Schüler zu selbständig entscheidenden Menschen auszubilden.

In der Petition "[Für ein Recht auf bildschirmfreie Kitas, Kindergärten und Grundschulen](#)" fordert das Bündnis: "Lehrer, Erzieher und Eltern müssen selbst entscheiden können, bis zu welchem Alter Bildungseinrichtungen bildschirmfrei sind. Erzieher und Lehrkräfte müssen selbst wählen können, mit welchen Medien sie arbeiten und unterrichten, ob und wann sie digitale Medien als

Hilfsmittel einsetzen. Dazu brauchen wir ein Recht auf bildschirmfreie Kitas, Kindergärten und Grundschulen. Die Bildungspolitik tut gut daran, sich von der Fixierung auf flächendeckende Digitaltechnik zu lösen und kreative Alternativen zuzulassen, deren Vertreter sich primär den Kindern und ihren realweltlichen Lern- und Bildungserfahrungen zuwenden dürfen.“

[Inhalt](#) ↑

- Pierre Lévy: **Glücksfall**

Der Artikel zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die Covid-19 Krise von bestimmten Industriezweigen benutzt wird, geplante Umstrukturierungsmaßnahmen in die Tat umzusetzen. Und die [Pläne lagen schon vor der Pandemie in der Schublade](#). Die großen französischen und europäischen Konzerne tun sich mit der Ankündigung massiver Stellenkürzungen hervor: Nokia, Airbus, Sanofi, auch Einzelhandels гигантен wie Carrefour, Auchan usw. Für diese Pläne gibt es bei Einhaltung von Prioritäten wie ökologischer Übergang, digitale Wirtschaft und Strukturreformen Geld von der EU.

750 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen und Darlehen hat Brüssel den Mitgliedsstaaten gewährt. Diese Schulden müssen vom Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union im Verhältnis zum BIP der Mitgliedstaaten zurückgezahlt werden. Italien, Spanien und vor allem die EU-Länder in Osteuropa werden zwar davon profitieren. Die "Nettozahler" aber werden am Ende viel mehr zurückzahlen, als sie erhalten: für Frankreich sind es 37 Milliarden, die es erhält... aber 80 Milliarden, die es zurückzahlen müssen.

[Pierre Lévy](#), Jg. 1958, Journalist, ehemaliger Redakteur bei der Tageszeitung 'L'Humanité' (1996-2001), ehemaliger Gewerkschafter bei 'CGT-Métallurgie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Franziska Lindner: **Belarus: Eine schwierige Wahl**

Präsident Alexander Lukaschenko regiert Belarus seit 26 Jahren mit harter Hand. Es handelt sich nach 'justicenow.de' zweifellos um eine antidemokratische Regierung, die unter anderem die Aktivitäten linker Kräfte und der unabhängigen Gewerkschaften erschwert. Die Erhaltung eines Teils der sowjetischen sozialen Institutionen und der Staatswirtschaft gleicht den Mangel an sozialer und demokratischer Dynamik dahingehend nur wenig aus. Gleichzeitig ist es [unwahrscheinlich, dass die Zerstörung von Lukaschenkos Staat zum Triumph von Demokratie und Freiheit führen wird](#). Vielmehr wird es ein Triumph der Strukturreformen sein, vom IWF diktiert. Er wird den Weg für rechte Nationalisten öffnen, ihre Politik zu verfolgen, wie es in der Ukraine geschehen ist.

[Franziska Lindner](#), Jg. 1987, studierte in Leipzig und Marburg Politik und Politische Ökonomie. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Wer zieht die Fäden hinter den Unruhen in Weißrussland?**

Dass Frau Tichanowskaja in Weißrussland nur eine Scheinkandidatin war und ist, wird, so Thomas Röper, nun langsam auch im deutschen Mainstream deutlich. Aber wer steckt tatsächlich hinter den Protesten und wer wird aller Wahrscheinlichkeit vom Westen als tatsächlicher Nachfolger für Präsident Lukaschenko unterstützt? Röper gibt uns Antworten. Tichanowskaja hatte weder ein Programm, noch kann sie frei reden. Sie ist nach Röper wohl nur eine vorgeschobene Kandidatin gewesen, die nach einem möglichen Sturz Lukaschenkos schnell wieder von der Bildfläche verschwände und voraussichtlich Waleri Zepkalo das Feld überließe. Beide scheinen [mit dem Programm der Nationalisten zu sympathisieren](#), die nach Lukaschenkos Sturz u.a. planen,

aus der Union mit Russland und der militärischen Zusammenarbeit mit Russland auszutreten, pro-russische Organisationen und russische Berichterstattung in Weißrussland zu verbieten, das Infragestellen des weißrussischen Staates zum Straftatbestand erklären zu wollen, die TV-Sender Lettlands, Litauens, Polens und der Ukraine in das weißrussische Kabelnetz einzuspeisen sowie die Aufnahme in die EU und die NATO zu beantragen.

Waleri Zepkalo war ein ehemaliger Weggefährte Lukaschenkos. Mit dem Zerwürfnis zwischen den beiden verlor Zepkalo seinen Posten als Direktor eines IT-Parks. Zepkalo ging zuerst nach Russland, was zu Lukaschenkos zwischenzeitlichem Misstrauen gegenüber Moskau beigetragen haben könnte. Am 02.08.2020, also nach der Verhaftung von Russen in Minsk, ist Zepkalo von Moskau nach Kiew gereist, um dann am 16.08.2020 nach Warschau weiterzureisen. In Warschau, dem Dreh- und Angelpunkt westlicher Bemühungen Lukaschenko zu stürzen, ist Zepkalo politisch sehr aktiv geworden, um die Anerkennung Tichanowskaja als Präsidentin durch den Westen zu erreichen.

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Willy Wimmer: **Weißrussland – eine Einschätzung des Umgangs mit diesem Land**

Angesichts der Vorgänge in und der Berichterstattung über Weißrussland erinnert sich Willy Wimmer an die US-Zielvorgabe für Mittel- und Osteuropa. Danach sollte ein "roter Strich" quer über den Kontinent zwischen Riga und Odessa gezogen werden, der die Einflusssphären der USA und Russlands trennen sollte. Wimmer fragt, ob das auch "die Zielvorgabe ist, die die EU von einer gedeihlichen Entwicklung in Europa als dem gemeinsamen Kontinent hat". Denn verantwortliche Sprecher im Bundestag reden offen darüber, wie sie die letzte Lücke in dem NATO-Limes schließen wollen. "Wenige Tage vor dem Gedenken an den deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 als Vollendung des Rache-Diktates von Versailles 1919 sind das üble Perspektiven für Europa."

Willy Wimmer, Jg. 1943, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Insbesondere die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage in Europa und dem Nahen Osten und die dahinter stehenden Akteure treiben Wimmer um. Seit seinem Rückzug aus dem Bundestag 2009 publizierte er die Bücher "Wiederkehr der Hasardeure" (2014, Koautor Wolfgang Effenberger), "Die Akte Moskau" (2016), "Deutschland im Umbruch" (2018) und (als Koautor von Halford Mackinder) "Der Schlüssel zur Weltherrschaft" (2019). (Red.)

[Inhalt ↑](#)

• Willy Wimmer: **Der Kriegsausbruch am 1. September 1939 und die globale Sprengkraft geöffneter Moskauer Archive**

Am 1. September 1939 entfesselte das Deutsche Reich mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg, der am 2. September 1945 mit der Kapitulation Japans endete. Russlands Präsident Putin schlug vor, alle Archive zu öffnen, um zu ergründen, was zum Weltkrieg führte. Weder seitens der Bundesregierung noch von anderen westlichen Regierungen sind bisher Überlegungen zur Kooperation bei der Archivöffnung an die russische Seite geäußert worden. Willy Wimmer glaubt, dass es Kräfte gibt, die das verhindern wollen, weil sonst Korrekturen an dem im Westen bestehenden Geschichtsbild vorgenommen werden müssten. Wimmer erinnert daran, dass nicht

nur Potsdam 1945 sondern auch Versailles 1919 Schritte der Ende des 19. Jahrhunderts etablierten Hegemonialmächte Frankreich und England waren, das störende Deutsche Reich zu schwächen. Die USA waren und sind daran interessiert, eine damals wie heute mögliche Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland zu verhindern.

Angaben zum Autor s.o. (Red.).

[Inhalt ↑](#)

- aufstehen Potsdam: **Höchste Zeit für Neubesinnung auf Entspannung und friedliche Zusammenarbeit**

1945 stand Potsdam im Zentrum des Weltgeschehens: Vom 17. Juli bis zum 2. August legten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bedeutende Grundsteine für eine friedlichere Weltordnung. 75 Jahre danach steht die Welt erneut vor enormen friedenspolitischen Herausforderungen: Militäreinsätze, Völkerrechtsbrüche und Hochrüstung sind an der Tagesordnung – und Leid, Flucht, Rassismus und Zerstörung von Lebensräumen die fürchterlichen Folgen. Aus diesem Anlass hat 'Aufstehen Potsdam' die Tagung "[75 Jahre Potsdamer Konferenz – Höchste Zeit für Neubesinnung auf Entspannung und friedliche Zusammenarbeit](#)" organisiert, um ein starkes Signal zu senden für Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Dort wurde auf dem Podium diskutiert, wie eine Neubesinnung auf den Geist von Potsdam aussehen könnte und Entspannung und gegenseitiges Verstehen heute wiederzuerlangen wären. Zuerst diskutieren Albrecht Müller und der Historiker Siegfried Prokop und dann Gabriele Krone-Schmalz, Daniela Dahn und Reiner Braun. (Video. 3h40)

[aufstehen Potsdam](#) ist eine Sammlungsbewegung. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- Thomas Röper: **Brown University: US-Kriege haben seit 2001 bis zu 59 Mio. Menschen zu Flüchtlingen gemacht**

Eine US-Universität hat die [Folgen der US-Kriege seit 2001 analysiert und ist zu schockierenden Ergebnissen gekommen](#): Die Kriege der USA nach 9/11 haben mindestens 37 Millionen Menschen in und aus Afghanistan, Irak, Pakistan, Jemen, Somalia, Philippinen, Libyen und Syrien vertrieben. Das übertrifft die Zahl der Vertriebenen aller Kriege seit 1900, mit Ausnahme des Zweiten Weltkriegs. Millionen weitere wurden durch andere Konflikte nach 9/11 unter Beteiligung von US-Truppen u.a. in Burkina Faso, Kamerun, Zentralafrika, Republik Tschad, Demokratische Republik Kongo, Mali, Niger, Saudi-Arabien und Tunesien zu Vertriebenen.

Die 37 Millionen sind eine sehr konservative Schätzung. Die Gesamtzahl der durch die USA nach 9/11 in Kriegen Vertriebenen könnte eher bei 48 bis 59 Millionen liegen (durch den Zweiten Weltkrieg gab es 30 bis 64 Millionen Flüchtlinge). 25,3 Millionen Menschen sind nach ihrer Vertreibung zurückgekehrt, obwohl das nicht das Trauma der Vertreibung behebt oder bedeutet, dass die Vertriebenen in ihre ursprüngliche Heimat oder in ein sicheres Leben zurückgekehrt sind. Keine Zahl kann etwas über die Schäden von Vertreibung vermitteln. Die Menschen hinter den Zahlen sind nur schwer zu erkennen und Zahlen können nicht vermitteln, wie es sich anfühlen muss, sein Zuhause, sein Hab und Gut, sein soziales Umfeld und vieles mehr zu verlieren. Die Vertreibung hat Einzelpersonen, Familien, Dörfern, Städten, Regionen und ganzen Ländern nichtzählbares physisches, soziales, emotionales und wirtschaftliches Leid zugefügt.

Angaben zum Autor s.o. (Red.).

[Inhalt ↑](#)

- Peter Küpfer: **Den Schlägen standgehalten**

In einem ausführlichen Artikel wird [die Autobiografie des kongolesischen Historikers Stanislas Bucyalimwe Mararo und damit zugleich die Geschichte des Kongo der letzten 60 Jahre dargestellt](#). Diese Geschichte beginnt mit dem ersten und einzig demokratisch gewählten Präsidenten Lumumba, der nach kurzer Zeit auf Initiative westlicher Gemeindienste ermordet wurde. Es wurde ein neuer Herrscher installiert, Mobutu, der die Bodenschätze dem Westen öffnete und selbst eine blutige Diktatur ausübte. Nach Ende des Kalten Krieges wird der nächste Herrscher, Kabila, vom Westen unterstützt und später von dessen Sohn abgelöst.

Jetzt werden im Ostkongo von Ruanda aus Kriege mit westlicher Unterstützung geführt, die in der westlichen Öffentlichkeit als Bürgerkriege verkauft werden. Tatsächlich werden Milizen und Machthaber des Tutsi-Stammes als Vollstrecker westlicher Interessen gegen die Interessen der einheimischen Mehrheit aufgebaut und unterstützt, was zu Gewalttätigkeiten und Massenmorden von beiden Seiten führt.

Die Hintergründe dieser Geschichte hat der zum international anerkannten Historiker avancierte kongolesische Bauernsohn Mararo erforscht und dargestellt – was zu einem lebensgefährlichen Projekt wurde und ihn zur Flucht nach Europa gezwungen hat, die er nur mit Glück und Hilfe von internationalen Freunden überlebt hat. “Es wird einige Zeit brauchen, bis die faktenreichen Analysen von Stanislas Bucyalimwe Mararo, von hohem wissenschaftlichem und mitmenschlichem Ethos getragen, Eingang ins allgemeine Wissen finden.”

[Peter Küpfer](#) ist langjähriger Schweizer Gymnasiallehrer, Germanist und Publizist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter Anthony: **Der Mann, der die Welt rettete**

Der Dokumentarfilm “[Der Mann, der die Welt rettete](#)“ erzählt die wahre Geschichte über einen Mann, der einen nuklearen Holocaust verhindert hat. Der frühere Oberst der sowjetischen Armee Stanislaw Petrow hatte 1983 für ein paar entscheidende Minuten das Schicksal der Welt in seiner Hand. Als ein Alarm einging, dass fünf US-amerikanische nukleare Fernlenkgeschosse gegen Russland abgefeuert wurden, folgte er seiner Intuition und meldete diesen Angriff nicht zurück. Er hoffte, es sei ein Computerfehler. Nach langen Minuten des Wartens ergab sich: Es war tatsächlich ein Fehlalarm, dessen Fehler aber nie gefunden wurde.

22 Jahre später geht der vergessene Held auf eine Reise in die USA, wo seine historische Tat schließlich gewürdigt wird. Der frühere Oberst Petrow kommt letztendlich aus der Vergessenheit und erhält im UN-Gebäude einen Preis, der die Inschrift trägt: “The Man Who Saved the World”. (Video, 1h45)

[Peter Anthony](#), Jg. 1971, dänischer Regisseur. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Conrad Taler: **Heimliche Ehrung**

Am 30.06.2020 hat Bundesjustizministerin Christine Lambrecht im Foyer ihres Berliner Amtssitzes die Büste eines Mannes enthüllt, von dem der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle 2013 sagte, er habe als Demokrat und Patriot an der deutschen Geschichte mitgeschrieben und sie zum Guten hin beeinflusst. Er meinte damit den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der Auschwitz vor Gericht brachte und damit Gerichtstag halten wollte “über uns selbst, Gerichtstag über die gefährlichen Faktoren in unserer Geschichte”. Die Ehrung fand im kleinsten Kreis statt; es gab keine Pressemitteilung. Im Ossietzky Verlag erschien 2018 Kurt Nelhiebel's Buch “[Einem Nestbeschmutzer zum Gedenken](#)”. Texte zum 50. Todestag von Fritz Bauer“.

Eine weitere Würdigung des Generalstaatsanwalts und Juristen Fritz Bauer (1903-1968) ist in dem Video mit dem Titel “[Fritz Bauer - Generalstaatsanwalt. Nazi-Jäger](#)“ zu finden (0h56). Sein

entschiedenes Eintreten für die juristische Aufarbeitung der Nazizeit zwang die Bundesrepublik, sich ihrer Vergangenheit zu stellen.

Dem [Aufbauhelfer für die demokratische Rechtspflege](#), Fritz Bauer, wurde Ende 2014 / Anfang 2015 im Thüringer Landtag eine Ausstellung gewidmet.

[Inhalt](#) ↑

- Juristen für Assange: **Offener Brief an den britischen Premierminister Boris Johnson, den Justizminister Robert Buckland, den Außenminister Dominic Raab und die Innenministerin Priti Patel**

Mit einem Offenen Brief (vom 14.08.2020) haben sich die Anwälte von Julian Assange an den britischen Premierminister Boris Johnson, den Justizminister Robert Buckland, den Außenminister Dominic Raab und die Innenministerin Priti Patel gewandt. Darin rufen sie die Politiker “dazu auf, [sich an das nationale und internationale Recht, die Menschenrechte und den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit zu halten](#) und das laufende Auslieferungsverfahren unverzüglich zu beenden und Herrn Assange – wie schön längst überfällig – seine Freiheit zu gewähren; seine Freiheit von Folter, von willkürlicher Inhaftierung und von politischer Verfolgung.“ Sie begründen die Rechtswidrigkeit einer allfälligen Auslieferung an die USA und legen dar, dass die Anklagepunkte 1-17 der Anklage nach dem Spionagegesetz das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Pressefreiheit und das Recht auf Information verletzen.

Des Weiteren “fordern sie die Regierung von Großbritannien auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Folterungen an Herrn Assange zu beenden, seine willkürliche und unrechtmäßige Inhaftierung zu beenden und ihm Zugang zu einer unabhängigen medizinischen Untersuchung und Behandlung in einem geeigneten medizinischen Umfeld zu ermöglichen“. Sie “verurteilen die Verweigerung von Herrn Assanges Anspruch auf ein faires Verfahren vor den Gerichten Großbritanniens“ und “erinnern die britische Regierung daran, dass das Recht auf ein faires Verfahren ein wichtiger Stützpfeiler der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist“.

Die ‘[Juristen für Assange](#)’ sind eine internationale Gruppe unabhängiger Anwälte und Rechtswissenschaftler, welche die Gerichtsverfahren im Fall von Julian Assange beobachten. Sie werden von über 170 Juristen und 19 Juristenverbänden aus der ganzen Welt unterstützt. Ihr Offener Brief wird von über hundert bedeutenden politischen Persönlichkeiten, darunter Staatschefs, Ministern und Diplomaten, unterstützt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andres Wysling: **Die Italiener schicken die “politische Kaste“ nach Hause – zum Teil**

In einem “still und leise“ vollzogenen Volksentscheid [haben die italienischen Bürger beschlossen](#), ihr Parlament, das größte in Europa, von 945 hochbezahlten auf 600 Abgeordnete zu verkleinern. Darin drückt sich die Unzufriedenheit mit der bürgerfernen Parlamentsarbeit aus. Die Einsparung von ca. 60 Mio. Euro wird aber erst nach der nächsten Wahl wirksam werden.

[Auch in Deutschland wird über die Verkleinerung des Parlaments diskutiert](#). Die bekannt gewordenen Vorschläge sind allerdings kaum hilfreich. Deshalb wird hier auf einen Vorschlag verwiesen, der noch wie folgt präzisiert wurde: Die Zweitstimme repräsentiert nicht jeden Wahlkreis, sondern führt ausschließlich als Ausgleich für den Parteienproporz über die Landeslisten der Parteien zu Abgeordnetenmandaten. Damit entstünden eher weniger als 598 Bundestagsabgeordnete. Der Autor hat diesen Vorschlag an den Bundestagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag geschickt.

[Andres Wysling](#), Jg. 1957, studierte Geschichte. Seit 1990 als Auslandredaktor und Auslandskorrespondent bei der NZZ; er erforscht Italien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑